

CETA verhindern – mit grüner Hilfe im Bundesrat!

Liebe Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen,

16. April 2016

am 29. Februar 2016 hat die EU-Kommission die endgültige Fassung des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Kanada (CETA) veröffentlicht. CETA ist der erste EU-Handelsvertrag mit einem OECD-Mitgliedsland, der eine **Paralleljustiz für ausländische Investoren** einführen soll. Diese Paralleljustiz kann sich gegen unliebsame demokratische Entscheidungen wenden und birgt ein unkalkulierbares Kostenrisiko für die öffentlichen Haushalte.

CETA garantiert das Recht auf eine – flexibel auslegbare – „faire und gerechte“ Behandlung allein einer privilegierten Gruppe ausländischer Investoren – ohne korrespondierende Pflichten. Eine Sozialbindung des Eigentums, wie im Grundgesetz festgeschrieben, fehlt hingegen. Während Bürger/innen und einheimische Unternehmen auf ordentliche Gerichte verwiesen werden, bekommen kanadische Investoren Zugang zu einem exklusiven Sondertribunal. Auf die – ansonsten völkerrechtlich völlig normale – Anforderung einer Ausschöpfung des nationalen (bzw. europäischen) Rechtsweges wird in CETA verzichtet.

Im Abkommen werden öffentliche Dienstleistungen und das Allgemeinwohl nur unzureichend vor Wirtschaftsinteressen geschützt. CETA setzt auf ein Flickwerk aus Ausnahmen und Vorbehalten, die widersprüchlich, unklar oder nicht umfassend genug formuliert sind. Durch den Negativlisten-Ansatz wird der Schutz der Daseinsvorsorge zusätzlich komplizierter, weniger rechtssicher und weniger zukunftsfest. Einmal getätigte Liberalisierungen sind aufgrund einer Sperrklinkenklausel praktisch nicht mehr rückgängig zu machen. Der Kultur- und Bildungsbereich ist nicht zur Gänze aus dem Abkommen ausgenommen.

Bereits kurz nach Vorstellung des CETA-Textes haben viele Spitzenpolitiker/innen von Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament und auf Bundesebene ihre Kritik und Ablehnung von CETA bekräftigt. **Wir begrüßen diese klare Positionierung.**

Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in Europaparlament und Bundestag hängt es in beiden Parlamenten weniger von den Grünen und Linken, sondern mehr von den Sozialdemokraten ab, ob die Abkommen dort eine Mehrheit finden.

Im Bundesrat hingegen haben Länder mit grüner Regierungsbeteiligung zusammen mit den Ländern mit linker Regierungsbeteiligung eine eigene Sperrminorität und damit **die Gelegenheit, CETA wirklich zu Fall zu bringen.** In Koalitionsregierungen können die Grünen eine Enthaltung ihrer Regierung erzwingen. Eine Enthaltung wirkt wie ein Nein, weil es zur Ratifizierung von CETA und TTIP eine Mehrheit für diese Abkommen im Bundesrat geben muss.

Diese Sperrminorität stellt ein Pfund dar, mit dem die Grünen bereits jetzt wuchern müssten. Denn nur, wenn die EU-Kommission jetzt wahrnimmt, dass es Grünen und Linken so ernst ist, dass sie CETA im Bundesrat die Zustimmung verweigern werden, wird sie umfassende Nachverhandlungen mit Kanada eröffnen.

Wir fordern deswegen eine unmissverständliche und verbindliche Stellungnahme aller grünen Landesverbände: Länder mit grüner Regierungsbeteiligung werden CETA in der derzeit vorliegenden Fassung im Bundesrat nicht zustimmen, da das Abkommen Sonderklagerechte für ausländische Investoren vorsieht und negative Auswirkungen auf den politischen Gestaltungsspielraum von Kommunen und Ländern hat.

Für unsere 1,7 Millionen Unterstützer/innen ist der Stopp von CETA und TTIP das mit Abstand wichtigste Ziel in diesem Jahr. Wir nehmen den Auftrag unserer Unterstützer/innen sehr ernst und werden gemeinsam mit ihnen alles tun, dieses Ziel zu erreichen. Für diese Auseinandersetzung wünschen wir uns Bündnis 90/Die Grünen weiterhin als Partner.

Mit herzlichen Grüßen



Dr. Felix Kolb
Geschäftsführender Vorstand Campact e. V.



Maritta Strasser
Campaignerin Campact e. V.



Campact ist eine Bürgerbewegung, mit der 1,7 Millionen Menschen für progressive Politik streiten.

www.campact.de/ceta/

Bewegt Politik!
campact!